



## Politischer Informationsdienst aus Berlin

für den Wahlkreis 119 - Essen II -  
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

**Sitzungswoche vom 22.09. bis 26.09.2014**



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

nach Abschluss der ersten Haushaltswoche begann in dieser Woche wieder die parlamentarische Arbeit in den Arbeitsgruppen und Ausschüssen.

Neben den schon fast routinierten Sitzungen in den AGs und Ausschüssen bewegte mich in dieser Woche besonders die fraktionsoffene Sitzung zur Suizidbeihilfe, Palliativ- und Hospizversorgung. In dieser 3-stündigen Sitzung sprachen Vertreter von Kirchen, Hospizen, Vereinen und Verbänden sowie Juristen und Journalisten über ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Eindrücke zum Thema Sterbehilfe. Ziel war es - soweit es ein solches überhaupt bei dem Thema geben kann - Erkenntnisse zu gewinnen, inwiefern Handlungsbedarfe für den Gesetzgeber bestehen.

Besonders als die Praktiker von ihrer Arbeit vor Ort berichteten wurde es so ruhig im vollbesetzten Fraktionssaal, wie ich es bislang kaum erlebt habe.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten gute Argumente für und gegen die Sterbehilfe. Es wurde aber auch deutlich, dass es DIE Lösung für jeden individuellen Fall nicht geben kann. Ich bin sehr dankbar, dass diese Sitzung von meiner Fraktion veranstaltet wurde. Nur so, kann jeder Kollege erfahren, was es bedeutet, jeden Tag gegen den Tod zu kämpfen. Es wird zu diesem Thema weitere vertiefende Gespräche geben. Gern halte ich Sie auf dem Laufenden!



### In dieser Ausgabe:

**Asylsystem zugunsten wirklich Verfolgter entlastet.**

**Entlastung der Kommunen**

**Elterngeld Plus**

**Sitzungswoche aus Sicht von Fabian Franke**

Ihre

Jutta Eckenbach

## Asylsystem zugunsten wirklich Verfolgter entlastet

Nach langem internen Ringen hat der Bundesrat am vergangenen Freitag dem geänderten Asylrecht zugestimmt und damit Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten anerkannt. Zugleich erleichtert das Gesetz, das der Bundestag bereits vor der Sommerpause beschlossen hatte, Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und geduldete Ausländer, erlaubt Geldleistungen als Regelfall und ersetzt die Residenzpflicht durch eine Wohnungsmeldepflicht.

Ziel: Unser Asylsystem muss den politisch Verfolgten schnell eine sichere Zuflucht gewähren; es darf aber auch Menschen, die nicht verfolgt sind, keine falschen Hoffnungen machen.

Viele Personen, die einen Antrag auf die Gewährung politischen Asyls stellen, haben praktisch keine Aussicht auf Erfolg. Dies gilt etwa für mehr als 99 Prozent der Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Rund 25 Prozent der in Deutschland gestellten Asylanträge stammen von Asylbewerbern aus diesen Ländern. Trotz der Aussichtslosigkeit müssen die Menschen, solange über die Anträge nicht entschieden ist, im Rahmen der bestehenden Quotenregelung zur Unterbringung auf die Kommunen verteilt werden, denen damit eine zusätzliche Bürde aufgetragen wird.

Gleichzeitig können die Anträge etwa von Menschen aus Syrien, deren Asylanträge zu über 90 Prozent anerkannt werden, nicht schnell genug bearbeitet werden. Mit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten werden Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina künftig schneller entschieden werden können, so dass mehr Kapazitäten für wirklich Verfolgte frei sein werden. Nur ein gerechtes Asylsystem, das nicht als Vehikel für unregelmäßige Zuwanderung funktioniert, hat die Akzeptanz in der Bevölkerung.

**Jutta Eckenbach:** „Die Praxis wird zeigen, inwiefern die Maßnahmen zur Vereinfachung des Asylverfahrens taugen. Eine Entlastung ist mehr als wünschenswert. In den kommenden Wochen, werden wir im Bundestag weitere Maßnahmen - so z.B. das Asylbewerberleistungsgesetz - überarbeiten und bedarfsgerecht an die Praxis anpassen. Die Kommunen dursten förmlich nach Hilfe von Bund und Land!“

## Entlastung der Kommunen

In Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz sollen die Kommunen ab dem Jahr 2015 mit einer Milliarde entlastet werden. Mit dem Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung wird ein weiterer Punkt des Koalitionsvertrages umgesetzt.

Zur weiteren Entlastung der Kommunen und Länder ab 2015 wird der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des ALG II (500 Mio. Euro) und der Kommunalanteil bei der Umsatzsteuerverteilung (500 Mio. Euro) erhöht.

Darüber hinaus ist eine Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Mio. Euro und eine Erhöhung des Festbetrags im Rahmen der Umsatzsteuerver-

teilung zugunsten der Länder von jeweils 100 Mio. Euro in den Jahren 2017 und 2018 vorgesehen.

Gerade für Essen sind die geplanten Änderungen und die weiteren Kostenübernahmen durch den Bund entscheidend. Aber auch weiterhin gilt, dass sich das Land nicht aus der Verantwortung ziehen darf und auch seinen Pflichten gegenüber den Kommunen nachzukommen hat.

## Elterngeld Plus

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Einführung des Elterngeldes Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz sieht eine Präzisierung der Regelungen zum Elterngeldbezug vor.

Zukünftig können Eltern, die früh nach der Geburt wieder beruflich in Teilzeit einsteigen, das Elterngeld Plus doppelt so lange erhalten wie das Elterngeld. Zudem ist ein Partnerschaftsbonus vorgesehen, der eine zeitweilige gemeinsame Sorge der Eltern für das Kind bei gleichzeitiger reduzierter Berufstätigkeit der Eltern berücksichtigt.

Weitere Klarstellungen zu den Möglichkeiten der Streuung der Elternzeitmonate sind ebenfalls Bestandteil des in erster Lesung zu beratenden Gesetzentwurfes. In den kommenden Wochen wird im Rahmen der Anhörung deutlich werden, welche weiteren Maßnahmen für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch erforderlich sein werden.

Sobald die endgültigen Beschlüsse vorliegen, werde ich Sie informieren.

## Sitzungswoche aus Sicht von Fabian Franke

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mein Name ist Fabian Franke. Ich bin 26 Jahre alt und studiere BWL und Politik an der Universität Potsdam. Seit drei Wochen absolviere ich mein Praktikum im Büro von Frau Eckenbach. In dieser Woche - meiner ersten „richtigen Sitzungswoche“ - war mein Praktikum wieder vollgepackt mit vielen Höhepunkten.

Bereits am Montag durfte ich bei einer Bundespressekonferenz zu gegen sein und hautnah miterleben wie sich Herr Seibert den Fragen der Journalisten stellte. Im Fokus der Journalisten stand diese Woche hauptsächlich Frau Chebli, die Sprecherin des Außenministers, wobei es zentral um Fragen zu den Waffenlieferungen in den Irak ging; sowie Herr Dr. Plate, als Sprecher des Innenministers. Er wurde zur Asylpolitik in Europa befragt und plädierte für eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU Staaten. Außerdem war ich Montag bei einer Diskussionsrunde mit Herrn Mathias Freundlieb, dem Leiter der Planungsgruppe 11 im Bundeskanzleramt. Dieser versucht,



den Praktikanten einen Einblick in die Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes zu geben. Zu den weiteren Höhepunkten der Woche gehört definitiv die Teilnahme an einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, dem auch Frau Eckenbach angehört. Frau Bundesministerin Nahles stellte den Haushaltsplan für das kommende Jahr vor und beantwortete anschließend die Fragen der Abgeordneten. Ich darf Ihnen leider nicht zu viele Details verraten, aber die kontroverse Diskussion war von der Zuschauertribüne sehr spannend zu beobachten, soviel kann ich Ihnen sagen.

Gleich danach schloss sich ein Praktikantengespräch mit dem Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert an. Welcher auf mich einen sehr sympathischen Eindruck machte und mit uns über Vor- und Nachteile des deutschen Parlamentarismus sprach.



Gertrud Höbner, Fabian Franke, Jutta Eckenbach (v.l.)

Auch wenn er nicht sagen könne, ob es das Beste sei, so meinte Herr Lammert habe sich der deutsche Parlamentarismus im internationalen Vergleich doch zu einem der effektivsten entwickelt. Mit Bedauern ergänzte Herr Lammert nur, dass seiner Meinung nach im Plenum heute zu wenig debattiert wird und zu viel geredet. Im Anschluss war ich am Mittwoch bei einer Expertenanhörung zu einem Gesetzesentwurf der Bundesregierung, welcher sich mit der Leistungsausweitung für Pflegebedürftige befasst. Dort saßen ungefähr 20 Experten von Verbänden oder Universitäten, die von den Abgeordneten befragt werden können. Dazu wechseln sich die Fraktionen ab und jede Fraktion hat ungefähr eine halbe Stunde Zeit für Fragen und Antworten. Diese Anhörung dauerte ganze drei Stunden und gegen Ende wurde die Besuchertribüne doch deutlich leerer. Daraus wird jedoch eines ganz deutlich, dass es einen nicht unerheblichen Aufwand bedeute, wenn Abgeordnete zu Ihrer Meinungsbildung sämtliche Positionen von Betroffenen hören möchten.

Am Donnerstag gab es noch einen letzten spannenden Punkt für diese Woche. Die Praktikanten waren geladen zu einem Gespräch mit Frau Dr. Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik. In diesem Gespräch ging es um den Nahostkonflikt. Frau Dr. Asseburg ist Nahostexperten und setzt sich intensiv mit der aktuellen Situation in Israel und Palästina auseinander. Sie berichtete über die Situation vor Ort, die Konfliktparteien und Möglichkeiten bzw. Voraussetzungen diese wieder an einen Tisch zu holen.



Sie finden mich auch auf [www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB](https://www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB)